

Sozialdemokrat

Er erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Opatowitz u. Verwaltung: Drag 11, Petrářkova 16 • Telefon: 26795, 31469, Raupfdruck: (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
Einschließlich 6 Heller Porto.

demokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

13. Jahrgang. Dienstag, 20 Juni 1933 Nr. 143.

Verbot der SA und SS in Österreich

Der NSDAP jede Betätigung und Organisation untersagt. Anschlag gegen Kremser Hilfspolizei und Salzburger Elektrizitäts-Werke der unmittelbare Anlaß.

30 Hilfspolizisten durch Handgranaten verwundet.

Wien, 19. Juni. Wie aus Krems an der Donau gemeldet wird, wurden heute Nachmittag gegen eine Abteilung Hilfspolizei, die von einer Übung zurückkehrte, drei Handgranaten geworfen, von denen zwei explodierten, während eine unwirksam gemacht werden konnte. Von den Hilfspolizisten wurden sechzehn Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert; davon sind drei schwer verletzt. Insgesamt beträgt die Zahl der Verletzten dreißig. Die Täter entkamen unerkannt in dem nahen Wald.

Bei den Hilfspolizisten handelt es sich um eine Gruppe der als Hilfspolizisten in Ausbildung stehenden christlich-deutschen Turnerschaft, die auf dem Schießplatz in Maunthal eine Übung abgehalten hatte. Von einem Waldhang herab wurden drei zusammengebundene Handgranaten auf die Abteilung geworfen.

Es wurden sofort außerordentliche Polizeimaßnahmen getroffen, und aus Wien Militär- und Polizeiverstärkungen nach Krems beordert. Die Bezirkshauptmannschaft und der Bahnhof von Krems sind militärisch besetzt. Die Garnison ist alarmiert. Durch die Straßen marschieren Militärpatrouillen.

Nächtlicher Ministerrat beschließt:

Die Regierung trat sofort nach Bekanntwerden dieses Attentats zusammen. Der Sicherheitsminister berichtete, daß die polizeiliche Untersuchung und die teilweisen Geständnisse der Verhafteten bezüglich der letzten Sprengstoffattentate in Wien einwandfrei erwiesen haben, daß die Teilnehmer an diesen Attentaten der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der Schutzstaffeln, SS- und SA-Abteilungen angehören.

Um 11 Uhr nachts teilte Bundesminister Schunigg im amtlichen Rundfunk mit, daß der Ministerrat beschlossen hat, daß der NSDAP jede Betätigung in Österreich und die Bildung von irgend welchen Parteiorganisationen verboten ist. Die SA und SS, die in dem sogenannten vaterländischen Schutzbund zusammengefaßt sind, sind daher unstatthaft. Das Tragen jeglicher Parteiabzeichen ist verboten.

Das Zuwiderhandeln gegen das Verbot ist von der politischen Bezirkbehörde, bzw. von der Bundespolizei mit Geldstrafen bis zu 2000 Schilling oder Arrest bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Beide Strafen können auch nebeneinander verhängt werden. Straffällige Personen, die nicht österreichische Staatsbürger sind, sind auszuweisen. Ein Berufung ist nur zulässig, wenn die Geldstrafe höher als 400 Schilling, bzw. die Arreststrafe höher als sechs Monate ist.

Drei Millionen Kubikmeter Wasser sollten verheerende Wirkung ausüben.

Wie aus Salzburg berichtet wird, sind unbekannte Täter in die Maschinenräume am Stauee des Salzburger Elektrizitätswerkes eingedrungen und haben versucht die Schleusen zu öffnen; sie haben dabei zahlreiche Apparate zerstört. Nur ihrer schamhaften Untertänigkeit ist zu danken, daß der Anschlag mißglückt ist. Bei Gelingen des Anschlages wären drei Millionen Kubikmeter Wasser auf zwei Dörfern in der Nähe von Salzburg niedergebrochen; Salzburg und alle an das Elektrizitätswerk angeschlossenen Industriebetriebe wären ohne Strom gewesen.

In Wien wurden gestern eine Verkaufshütte im Prater und zahlreiche Telefonsprechtellen in verschiedenen Wiener Bezirken in Brand gesteckt. Auch zahlreiche Fensterscheiben von Geschäftslökalen und Kaffeehäusern wurden durch Steinwürfe zertrümmert sowie andere Akte von Vandalismus verübt. In diesem Zusammenhang wurden fünf Nationalsozialisten verhaftet.

Sympathie Englands für Dollfuß.

Offizielle Erklärung des Außenministeriums. London, 19. Juni. (Reuter.) Unterstaatssekretär für Aeußeres Eden erklärte auf eine diesbezügliche Anfrage im Unterhaus, daß die britische Regierung mit Interesse und mit Sympathie nicht nur die Bestrebungen des österreichischen Bundeskanzlers zur Wiederherstellung der österreichischen Finanzen auf gesunder Grundlage, sondern auch seinen Kampf zur Wahrung der Autorität und der Unabhängigkeit des österreichischen Staates verfolgt. Unter Hinweis auf die kürzlichen Zwischenfälle, die, wie er mit Bedauern konstatieren mußte, die österreichisch-deutschen Beziehungen ungünstig beeinflusst haben, verfolge die britische Regierung, erklärte Eden weiter, sorgfältig die Situation und hoffe fest darauf, daß die Mittel werden gefunden werden, um die gegenwärtigen Reibereien beseitigen zu können.

Pariser Rechtsanwälte wollen Van der Lubbe verteidigen.

Paris, 18. Juni. Mit Zustimmung des Vorsitzenden der Pariser Anwaltskammer verständigten die bekannten französischen Advokaten Moro Giffere, der geweseene Verteidiger Landrus, und Deputierter Canpinch den Präsidenten des Leipziger Reichsgerichtes Dr. Bunte, daß sie bereit seien, die des Reichstagsbrandes angeklagten Personen zu verteidigen. Wie bekannt, haben sämtliche deutschen Advokaten die Verteidigung dieser Angeklagten abgelehnt. Die Verwandten der Angeklagten wandten sich daher an französische und englische Advokaten. Die französischen Advokaten und die französische Presse erwarten jetzt mit höchstem Interesse die Antwort aus Deutschland. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch englische Advokaten die Verteidigung übernehmen, von denen insbesondere schon jetzt der bekannte Londoner Advokat Dr. Lawson genannt wird.

Die Sozialpolitik des Dritten Reiches:

Angriff auf Sonntagsruhe und Ladenschluß!

Berlin, 19. Juni. Wie das Büro des Reichsarbeitsminister Seldte der Deutschen Arbeitsfront und den deutschen Arbeitgebervereinigungen mitgeteilt, daß er die Absicht habe, alle beteiligten Kreise zu einer Beratung über eine Neuregelung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe und den Ladenschluß einzuladen. Ein vorläufiger Entwurf für ein solches Gesetz ist im Reichsarbeitsministerium bereits aufgestellt worden. Die Beratungen mit den beteiligten Wirtschaftskreisen sollen alsbald nach Beendigung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf aufgenommen werden.

Neue Fußtritte für die Deutschnationalen.

Herr Seldte leckt Hitler trotzdem die Stiefel!

Berlin, 19. Juni. Die behördlichen Auflosungen von Ortsgruppen des Stahlhelm gehen ununterbrochen weiter. So wurden zuletzt in sieben ostpreussischen Dörfern die Stahlhelmformationen aufgelöst, weil sie angeblich Kommunisten und Marxisten in so großer Zahl aufgenommen hätten, daß dadurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet erschien. Zwei Stahlhelmführer wurden dabei verhaftet.

Auf einem Treffen der Hitlerjugend in Kolberg teilte der Reichsjugendführer Baldur von Schirach mit, daß die vom Admiral Trotha geleiteten großdeutschen Jugendbünde aufgelöst worden sind.

Trotz diesen andauernden Verfolgungen hielt es der Stahlhelmführer und Arbeitsminister Seldte für angebracht, am Sonntag bei einer Gedenkfeier in Hehrbellin ausdrücklich zu erklären, die Stahlhelmer seien auch weiterhin bereit, alle ihre Kräfte für Hindenburg und Hitler einzusetzen.

Auch die Brückierung der deutschnationalen Partei selbst wird von den Hakenkreuzern ruhig fortgesetzt. So wurde, wie offiziell mitgeteilt wird, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Borschmeier vom Polizeipräsidenten in Redlingshausen offiziell „ernstlich verwahrt“, weil er an der Entwicklung in Deutschland in letzter Zeit verschiedentlich, namentlich auch bei einer Wahlrede in Danzig, scharfe Kritik geübt habe.

Bei der gründenden Versammlung des schlesischen Bauernbundes, einer hakenkreuzerischen Organisation, gab ein Redner in Anwesenheit des „Reichsbauernführers“ Darré offen dem Wunsch der schlesischen Bauern Ausdruck, daß Darré auch in der ministeriellen Leitung der deutschen Bauernpolitik bald den Platz innehaben werde, der ihm gebührt, nämlich den, den augenblicklich noch der Reichswirtschaftsminister Eugenberg innehat.

Schwarz braune Koalition in Danzig. Die Deutschnationalen in der Opposition!

Danzig, 19. Juni. Die Verhandlungen über die Heranziehung der Deutschnationalen in die neue Danziger Regierung sind wider Erwarten gescheitert, da diese angeblich nicht bereit waren, die von den Nationalsozialisten als unerlässlich bezeichneten „Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Mitarbeit“ zu erfüllen. Die neue Danziger Regierung, deren Chef der Hakenkreuzler Dr. Hauschning ist, setzt sich daher nur aus Hakenkreuzern und zwei Zentrumssensatoren (!) zusammen. Außer der Justizverwaltung sind sämtliche anderen Ressorts in den Händen der Nationalsozialisten.

Einschränkung der Todesurteile.

Ein eritreiches Bekenntnis der „Humanitätsduselei“.

An demselben Tage, an dem der Reichsjustizkommissar Dr. Frank — der oberste Repräsentant dessen, was man jetzt in Deutschland „Rechtspflege“ zu nennen für gut befindet — in einer Rundgebung erklärt hat, daß der deutsche Staat nicht gewillt sei, „die Humanitätsduselei vergangener Epochen fortzusetzen“ und daß man im neuen Deutschland den „Verbrecher so jagen“ werde, „daß er das Zittern vor dem Staat lernen soll“, hat die tschechoslowakische Regierung die Einbringung eines Gesetzesentwurfes im Parlamente beschlossen, durch den die Verhängung der Todesstrafe in sehr wesentlicher Weise eingeschränkt werden soll. Das Zusammentreffen dieser beiden justizpolitischen Rundgebungen — des Bekenntnisses des deutschen Reichsjustizkommissars zu der wissenschaftlich längst überwundenen Abschreckungstheorie, des Bekenntnisses der tschechoslowakischen Regierung zu jenen Gedanken, die die „Verbrechensduselei“ als „Humanitätsduselei“ schmähen — mag ein zufälliges sein, darüber hinaus kommt ihm aber symbolische Bedeutung zu. Während Deutschland auch auf dem Gebiete der Justiz in mittelalterliche Barbarei versinkt und aus dieser traurigen Tatsache noch eine Art Geistesstolz schöpft, können wir hierzulande einen justizpolitischen Fortschritt verzeichnen, der uns Sozialdemokraten, die wir um die Abschaffung der Todesstrafe seit Jahrzehnten kämpfen, mit ehrlicher Freude zu erfüllen vermag.

Unsere prinzipielle Stellung zum Probleme der Todesstrafe ist zu bekannt, als daß wir sie aus diesem Anlasse wieder ausführlich erörtern und begründen müßten; sie kann nur eine konsequente ablehnende sein, sie verlangt die vollkommene Beseitigung der Todesstrafe aus unserer Gesetzgebung. Es ist klar, daß wir dieses ideale Ziel in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht durchsetzen vermögen, mit bürgerlichen Parteien, die vielfach — wie die tschechischen Agrarier — in einem sehr starken Maße erfüllt sind von Geringfügigkeit jeder „Humanitätsduselei“ und in ihrer Presse in den letzten Jahren wiederholt nach dem Heifer der Reufen haben. So konnte diese Vorlage, die die Regierung kürzlich dem Senat überreicht hat, natürlich nur das Ergebnis eines schwer erarbeiteten Kompromisses sein — nicht nur insofern, als sie auch weiter der Todesstrafe einen gewissen Geltungsbereich läßt, als auch deshalb, weil sie Lösungen trifft, die fortschrittlicher und moderner ausgefallen wären, wenn der ursprüngliche Entwurf des Justizministers Dr. Reichner nicht das Jagefeuer des interministeriellen Verfahrens durchzumachen gehabt hätte, dem neben Bestimmungen von bestrittenem Wert auch manches (über die Mitwirkung der Geschworenen bei der Entscheidung) zum Opfer gefallen ist, was man ungern vermisst. Um so höher ist das Verdienst des Genossen Dr. Reichner einzuschätzen, daß es ihm trotz aller Hürden gelungen ist, die Grundgedanken einer Vorlage an das Parlament heranzubringen.

Das in den historischen Ländern geltende Strafrecht unterscheidet sich wesentlich von dem Strafrecht, das in den Gebieten der ehemaligen ungarischen Krone gilt. Das österreichische Strafrecht vom Jahre 1852, das eigentlich nichts anderes ist als eine Rezeption des Strafrechts aus dem Jahre 1803, legt die Todesstrafe auf das heftigste ab. (Für Täter, Anstifter und direkte Teilnehmern), auf räuberischen Totschlag, auf gewisse Fälle der öffentlichen Gewalttätigkeit, wenn sie den Tod eines Menschen zur Folge hat und auf Brandstiftung mit tödlichem Ausgange oder unter sonstigen besonders erschwerenden Umständen. Dazu kommt noch eine Bestimmung des Sprengstoffgesetzes, die die Tötung eines Menschen durch vorsätzliche Anwendung von Sprengstoffen betrifft, wenn der Verbrecher diesen Erfolg seines Handelns voraussehen konnte. Wenn diese Tatbestände erfüllt sind, muß das Gericht unbedingt auf Todesstrafe erkennen. Sie kann unter keinen Umständen gemildert werden, ihr Vollzug ist nur dann ausgeschlossen, wenn der Präsident der Republik den Verurteilten begnadigt.

Anderes in der Slowakei und Karpathenland. Dort wird nur Mord mit dem Tode bestraft (und zwar am Täter und am Anstifter), weiters das obenbenannte Verbrechen nach dem Sprengstoffgesetz und gewisse Sabotageakte im Kriegssache. Das Anwendungsgebiet der Todesstrafe ist in den Ländern des ungarischen Rechts also von Haus aus viel enger. Aber dazu kommt noch, daß dort

beitsprozess eingereicht und durch Arbeitsverdienst in ihrer Existenz gesichert werden.

Zoll es zur Entwicklung des Unternehmungsgeistes kommen, erachten wir es als notwendig, daß die Kredit- und Lombardpolitik der Nationalbank mit Rücksicht auf die auf dem Weltmarkt herrschenden Verhältnisse unserem Wirtschaftsleben mit Verständnis entgegenkommen.

Wir billigen das bisherige Vorgehen des Vollzugsausschusses der Partei, der Vertreter der Partei in der Nationalversammlung in der Regierung und sprechen Ihnen unser Vertrauen aus. Wir fordern sie auf auch in der jetzigen kritischen Zeit weiterhin auf ihren Plätzen ihre Pflicht zu tun!

Ausschluß des Acher Bezirkssekretrars.

Karlsbad, 19. Juni. (Eigenbericht.) Der bisherige Sekretär der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Acher Lorenz hat heute ein Flugblatt herausgegeben, in dem er zur Aufspaltung der Bezirksorganisation Acher von der Partei auffordert.

Eine heute nachmittags zusammengetretene Sitzung der Bezirksdirektive Acher, an der auch die Vertreter der Kreisorganisation Karlsbad teilnahmen, beschloß einstimmig den Ausschluß des Lorenz aus der Partei nach § 65 des Organisationsstatuts.

Lorenz hat seit Monaten unter unaufhörlichen Wortbrüchen die Interessen der Partei schwer geschädigt und systematisch darauf hingearbeitet, daß über die Arbeiterkraft des Acher Bezirkes nun neuerdings die Gefahr eines weiteren Spaltung heringebrochen ist. Wir hoffen aber, daß die Acher Arbeiter, die durch ein Jahrzehnt lernen gelernt haben, was Spaltung bedeutet, diesem Parteischädling die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben werden!

Wo liegt das Steuerunrecht?

Unter dem Titel „Große und Kleine beim Steuerzahlen“ schreibt die letzte Nummer des Prager „Montagsblattes“ u. a. folgendes:

„Während der Besatte, der gesamte Mittelstand und der Kleinbetrieb bei der Klarheit seiner Vermögensbestände und seiner Einkommensverhältnisse aller Schärfe der Steuermethoden unterstellt ist, hat die Steuerreform der Großindustrie ein Mittel in die Hände gegeben, die erzielten Resultate in derart elastischer Weise auszuweichen, daß sie den vollen Rahmen der oft über das Maß ausgeweiteten Abgaben ausnützt und erst mit der oft mit quaderhafter Geheiß vertriebenen Dividende in den Bereich der Steuerbemessung gerät. Würde man sich der Nähe unterschicken, die Summe der durch die Steuerreform frei gewordenen Abschreibungen als Steuerobjekt anzusehen und mit den Ziffern zu vergleichen, die heute schon als unmögliches Budget-Defizit gegen die präliminierten Einnahmen angegeben werden, so wird man umgekehrt zu dem Resultat kommen, daß die innige Verschlebung des Gebeihens der Privatwirtschaft mit dem Schicksal des Staatshaushaltes eine Reform der Steuerreform notwendig machen wird.“

An einem Beispiel wird nachgewiesen, daß infolge der Steuerfreiheit der aufgewerteten Aktien bei einem Rückgang des Umsatzes von 30 Prozent, einer Senkung der Generalregie um sechs Prozent und einer Minderung des Reingewinnes um 23 Proz. um siebenzig Prozent weniger Steuern zu entrichten sind. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß durch die von den Landbündlern und Christlichsozialen in der feinerzeitigen Bürgerkoalition mitbeschlossenen Steuerreform den Großgrundbesitzern, Industriellen und Banken Milliarden im Schaden der Allgemeinheit direkt geschenkt wurden. Diese kommen jetzt dem Staat zum schaden. Während den armen Arbeitern jeder Heller Steuern vom Lohne abgezogen werden muß, eripieren sich großkapitalistische Steuerträger viele Zehntausende Ks durch die ungerechte Steuerreform! Und für diese famose „Reform“ stimmte auch der christlichsoziale Abgeordnete aus Teschen, der sich in der bekannten verlogenen Protestversammlung im Teichner Schützenhaus ebenfalls bemerkbar machte! Das heißt — keine Augenaufrichtigkeit!

Für die Behauptung, daß die Großen meist schlechte Steuerzahler sind, lassen sich überall schlagende Beweise erbringen. In Bodenbach ist ein wohlbekannter Lebemann Vilsenbesitzer, der auch zwei Autos sein eigen nennt; dieser „Arme“ hat um Abschreibung seiner Steuern angeheult. Ein Fabrikant, der eine glänzende Lebensführung aufweist, kann angeblich auch nicht Steuern zahlen und will große Abschreibungen haben. Und mit ihm eine ganze Reihe anderer reicher „Notleidender“.

Es ist einfach unglaublich, was sich diese Leute erlauben! Gerade diese Elemente sind aber die Ärgsten — Steuerprofiteure und möchten die kleinen Steuerträger für ihre egoistischen Interessen einspannen.

Gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung sprach sich eine große Versammlung von Vertrauensmännern der im Dobruška Bruzini vereinigten Gewerkschaften im Prager Gebiet aus, in der Genosse Tahrle das Referat erstattete. In einer Entschließung fordern die Verammelten die genannte Gewerkschaftszentrale auf, daß zu den Verhandlungen, welche in der nächsten Zeit zum Zwecke der Regelung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genet System erfolgen werden, die Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Für alle Arbeiter, alle anständigen Leute, alle Nationen!

Dr. Ley — ein Lump und ein Lausbub.

Der Wortlaut seiner beispiellos irren Schimpereien gelegentlich der Internationalen Arbeitskonferenz

Der Dr. Ley hat bekanntlich in einer Unterredung mit deutschen Pressevertretern in Genf, anlässlich der Internationalen Arbeitskonferenz, eine Schimpforgia losgelassen, mit der er sich und damit das faschistische Deutschland noch mehr, als das schon ohnehin der Fall war, an den Pranger stellte und neuen Haß, neue Verachtung auf das neu-deutsche Dummentum lud. Der Doktor Ley hat dann, als zu seiner Überraschung seine „vertraulichen“ Frechheiten bekannt wurden, der Internationalen Arbeitskonferenz ein Dementi übermittelte, in dem er der Lausbüberei eine Lumperei beifügte und einfach abzuleugnen versuchte, daß er sich irgendwie beleidigend gegen eine Nation oder gegen einen

Staat geäußert hätte; Genosse Dr. Alfred Dang, so erklärte Ley, hätte sich als ein „wahrer Marxist und Landesverräter“ erwiesen, indem er in der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ „falsche Informationen“ über die Aeußerungen Leys veröffentlichte.

Dieses Dementi Leys beantwortete nun Genosse Dr. Alfred Dang mit einem Brief an das „Journal des Nations“ in Genf (wir haben das Original in unseren Händen). In diesem Briefe schreibt Dr. Dang, daß er die Auslassungen Leys beim Journalistenempfang im Genfer Hotel „Carlton“ wörtlich notierte. Hier sind sie:

„Wir haben denen ein Mal“, so erklärte Dr. Ley, „einen Parlamentarismus vorgezeigt, wie sie noch keinen erlebt hatten. Bei jeder neuen Abstimmung schlugen wir, der Faschist und ich, abwechselnd einander vor. Das machte die Kerls ganz nervös. Wir haben uns löstlich amüsiert. Unsere Ueberlegenheit zu Zweien gegen diese stupide Majorität von 28 Ländervertretern war einfach ungeheuer. Das muß energisch gebrandmarkt werden: Daß solche Idiotenstaaten hier dieselben Rechte mit der gleichen Stimme haben sollen wie Deutschland und Italien. Stellen Sie sich vor: Kuba! Uruguay! Bolivien! Was weiß ich, wie sie alle heißen, diese Idioten von Südamerikanern! Ich glaube, der Faschist und ich, wir hatten mehr Millionen Bevölkerung hinter uns, als die ganze übrige Blase zusammen. Und was für eine Sorte von Menschen haben die! Gegenüber uns Kulturvölkern, Deutschen und Italienern! Und sowas soll die gleichen Rechte haben wie wir! Das ist doch Marxismus in Reinkultur, diese verrückte Phrase, daß Alles, was menschenantlig trägt, gleich sei! Das muß immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse! Wissen Sie, wenn wir früher die kommunistische Reichstagsfraktion betrachteten, dann hatten wir das Gefühl, daß sie aus lauter ausgesuchten Exemplaren von Zuchthäuslern bestand. Genau so war das heute in der Arbeitergruppe. Diese Typen! Diese Typen! Wenn ich nicht meine handfeste Gruppe hinter mir gehabt hätte, dann hätte mir Angst und bange werden können.“

Die beispiellose Beleidigung der Arbeitervertreter hat der Lump Ley nicht dementiert. Nur vor Latein-Amerika ist er zurückgewichen. Wir haben sonst nichts beizufügen.

Deutsche Delegation verläßt Genf.

Sie fühlt sich obendrein noch „schwer beleidigt“.

Genf, 19. Juni. (Eigenbericht.) Das provozierende Benehmen des deutschen Arbeitervertreter Dr. Ley, das die Atmosphäre der Arbeitskonferenz vollkommen vergiftet und eine Reihe schwerer Zusammenstöße mit den Arbeiterdelegierten, aber auch eine starke Verstimmung bei den Regierungsdelegierten hervorgerufen hat, ist wider Erwarten von der Reichsregierung abgedeckt worden.

Entgegen den Meldungen, daß die beiden Mitdelegierten Dr. Leys, Stöhr und Engel, von Hüller die Abberufung Leys verlangt hätten, haben die deutschen Delegierten, die über Sonntag zu Besprechungen in Berlin weilten, dem Präsidenten der Arbeitskonferenz heute ein Schreiben überreicht, in dem sie die Schuld an den Vorfällen auf die anderen schieben, Leys beleidigende Worte gegen die Südamerikaner einfach als Lüge hinstellen und aus der ganzen

Affäre eine „schwere Beleidigung der deutschen Abordnung in ihrer Gesamtheit“ hinstellen. Angesichts dieser Sachlage sehen sich die deutsche Delegation gezwungen, die Konferenz zu verlassen.

Das Büro der Konferenz wird Mittwoch eine Sitzung abhalten und dabei zur Abreise der deutschen Delegation Stellung nehmen. Heute wurden zwar Versuche unternommen, die deutsche Delegation zum Bleiben zu veranlassen, der Vorsitzende de Michelis sprach sich jedoch selbst gegen eine derartige Aktion aus.

In Genf wird dieser Fall als überflüssige Störung der Arbeitskonferenz angesehen und die Handlungsweise der deutschen Delegation wird neuerlich verurteilt, da die meisten Delegierten eher eine Entschuldigung denn eine Obstruktion erwarteten.

SPD-Konferenz in Berlin.

Berlin, 19. Juni. (Tsch. P.-B.) In einer gemeinsamen Sitzung der erweiterten Parteileitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen mit den Vorständen der Fraktionen der Partei im Reichstag und im Preuentag stellten, wie das Conti-Büro meldet, die Parteivorstandsmitglieder ihre Ämter zur Verfügung. Die Konferenz beschloß weiter, die Führung der Parteigeschäfte den Mitgliedern Westphal, Stelling, Rinner und Künstler zu übertragen, unter Hinzuziehung der Vorstehenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen.

Die Beschlüsse der Fraktionen und im Reichstag über das Verbleiben des Sitzes der Parteileitung der SPD in Deutschland wurde durch die Annahme folgender Erklärung erneut bekräftigt:

„Der neugewählte Parteivorstand in Berlin hat allein die verantwortliche Führung der Partei. Solche Parteigenossen, die ins Ausland gegangen sind, können keinerlei Erklärungen, für die Partei abgeben. Für alle ihre Äußerungen lehnt die Partei jede Verantwortung ausdrücklich ab.“

Unsere Stellung zu jenen Funktionären der SPD, die im Gegensatz zu den in Prag befindlichen Mitgliedern des Parteivorstandes stehen, haben wir bereits einigemal dargelegt. (D. Red.)

Die Frage des Ausschlusses der ins Ausland geflüchteten früheren Vorstandsmitglieder aus der Partei wurde nicht erörtert. Aufgabe dieses verkleinerten Parteivorstandes dürfte es, wie das B.Z.-Büro weiter meldet, zunächst sein, zu versuchen, mit der Regierung Verhandlungen darüber anzubahnen, ob die in Schutzhaft befindlichen sozialdemokratischen Führer freigelassen und das beschlagnahmte Parteivermögen freigegeben werden könne.

Die österreichischen Freidenker aufgelöst.

Wien, 19. Juni. Das Bundeskanzleramt hat die Auflösung des österreichischen Freidenkerbundes und aller seiner Zweigstellen beschlossen.

Staatspräsident a. D. Dr. Bolz verhaftet.

Arrangierte „Demonstrationen“.

Stuttgart, 19. Juni. Der ehemalige württembergische Staatspräsident Bolz wurde in Schutzhaft genommen.

Eine Rede, die Bolz anlässlich des christlich-sozialen Parteitag in Salzburg gehalten hat, wurde zum Anlaß genommen, um ihn zu einer politischen Vernehmung vorzuladen. Während der Vernehmung wurden vor dem Polizeipräsidenten eine große „Demonstration“ gegen Bolz inszeniert, wobei die Haltung der „Menge“ angeblich so bedrohlich wurde, daß Bolz beim Verlassen des Gebäudes von SA gegen die erregten Demonstranten „geschützt“ werden mußte. Bolz sollte zuerst nach Hause gebracht werden, doch habe er selbst (?) gebeten, nach Ludwigsburg gebracht zu werden. Dort wurde er auf der Besten Alperg interniert.

Die wahre Stimmung!

W. Nürnberg, 19. Juni. Interessante Vorgänge haben sich hier bei den Kleingärtnern abgespielt. In mehreren Kleingärtnerversammlungen kam es in den Ausdrücken zu heftiger Gemütswech. In einer Versammlung wurde ein SPD-Mann mit 270 Stimmen gegen 70 Stimmen der Nazis gewählt. Am nächsten Tage wurde er zwar abgesetzt, aber unter den gegebenen Umständen war diese Wahl doch ein Erfolg.

In der Versammlung einer Siedlung gab es ebenfalls heftige Diskussionen. Mit großer Mehrheit wurde eine sozialdemokratische Verwaltung gewählt, während die Nazis nur 30 Stimmen erhielten. Einige Tage darauf fand eine von den Nazis einberufene Versammlung statt. Bei Eröffnung wurde an den sozialdemokratischen Vorstehenden die Frage gerichtet, ob er freiwillig zurücktrete. Als er verneinte, kam es zum Handgemeine. Ein Lehrer wurde leicht verletzt. Am andern Morgen 5 Uhr wurde die Siedlung von ungefähr 500 Mann SA besetzt und durchsucht. 77 Siedler wurden verhaftet.

Der Abwehrkampf der Bankangestellten

In der Unionbank, Böhmischen Escomptebank und Creditanstalt und in der Länderbank bereiten sich sehr ernste Dinge vor. Die Direktionen dieser drei Institute haben, nachdem die Verhandlungen mit den Angestelltenvertretern über einen Regieabbau gescheitert waren, ihre gesamten Beamten und Skontisten in der Zahl von fast 3000 gekündigt. Die Kündigung soll nur dann widerrufen werden, falls diese Angestellten mit einem weitgehenden Abbau ihrer Bezüge einverstanden sind. Dieser Abbau würde bei einem Gesamteinkommen von 18.000 Ks beginnen (5 Prozent) und sodann progressiv bis zu 20 Prozent bei einem Einkommen von über 42.000 Ks steigen. Die Anträge der Angestelltenvertreter, durch welche auch bei der sogenannten Subalterntregie ein Abbau erreicht worden wäre, der beispielsweise in der „Bebea“ fast 1.7 Millionen Ks, in der Unionbank fast 2 Millionen betragen hätte, wurden abgelehnt. Die drei Banken wollen eine „Gehaltsregelung“ diktieren, welche offensichtlich darauf hinausläuft, die erwähnte „Subalterntregie“ herunterzudrücken, während die Funktionäre und leitenden Direktoren auch weiterhin Rieseneinkommen behalten sollen.

Mit dieser Sachlage beschäftigte sich am 18. d. M. eine gemeinsame Konferenz der Filialvertrauensmänner und der Prager Vertrauensmänner der drei Banken, welche die Richtlinien für einen möglichst scharfgeführten Abwehrkampf festsetzte. Auf dieser Konferenz wurde über ganz unglaublich klingende terroristische Methoden berichtet, deren sich die Banken, vor allem die Direktionen der Unionbank und Länderbank bedienen, um die Angestellten gefügig zu machen. In der Unionbank wird diese „Aleinarbeit“ von Direktor Dr. Bouzel verrichtet, während sich der Generalstabschef des ganzen Planes, Dir. Stein, mehr im Hintergrunde hält. Dir. Dr. Bouzel war, wie auf der Konferenz hervorgehoben wurde, ehemals Sekretär des Bankenverbandes. Als der Prager Bankverein gegründet wurde, suchte man einem möglichst harmlosen Direktor tschechischer Nationalität und fand ihn (der Bankenverband war sehr einverstanden) in der Person des Herrn Dr. Bouzel. Im Bankverein hatte er sodann keine Gelegenheit, sich irgendwie auszuzeichnen. Nunmehr, in der Unionbank wird für ihn eine Art Terrorisierungsreferat geschaffen.

Die Abteilungsleiter der Zentrale und Dirigenten der Filialen müssen auf die einzelnen Angestellten „einwirken“. Wie dies gemacht wird, ergibt sich aus folgenden Beispielen: Angestellten, die den diktierten Gehaltsabbau akzeptieren, werden Anstellungen für ihre arbeitslosen Verwandten versprochen, bzw. Nebenbeschäftigungen, damit sich der Abbau nicht auswirkt. Ueber „Direktive Prag“ wurde den Angestellten einzelner Filialen mitgeteilt, daß die Angestellten anderer Filialen bereits nachgegeben hatten, obwohl diese Mitteilung eine grobe Irreführung war. In der Länderbank versucht Direktor Peruch ähnliche Methoden, damit das Diktat seiner Geschäftsleitung durchdringt.

Die Konferenz beauftragte die Leitung der zuständigen Organisationen, dieses Material zu sammeln und gegen diese sowie ähnliche Terrorisierungsversuche spezielle Abwehrmaßnahmen zu treffen. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher die Organisationen beauftragt werden, die Abwehraktion mit möglicher Energie zu führen und den drei Banken zu beweisen, daß auch Direktoren von nichtkonvertierten Banken keine Diktate durchführen können.

„Für die Einheit der Arbeiterklasse.“

So lautet der Titel einer ausgezeichneten, aufklärenden und lehrreichen Broschüre, welche soeben im Verlage der Zentrale für das Bildungswesen unserer Partei erschienen ist und die unseren Organisationen in der Agitation gute Dienste leisten wird, um so mehr als sie durch den niedrigen Preis von K 1.50 zur Massenverbreitung geeignet ist.

In dieser Broschüre wird zunächst „Die Lehre der Geschichte“ gezogen, die uns zeigt, daß die Arbeiterklasse ihre großen Erfolge nur durch die Einheit errungen hat und daß Marx und Engels für diese Einheit stets eingetreten sind. In einem zweiten Kapitel wird die Geschichte der „Spaltung der Arbeiterbewegung“ erzählt und werden die tragischen Irrtümer des Kommunismus aus der Zeit der Spaltung dargestellt. In einem dritten Kapitel wird gezeigt, wie die kommunistische Partei „vom Irrtum zum Verbrechen“ gelangte und welche schweren Schäden dieses Verbrechen für die Arbeiterbewegung mit sich gebracht haben. Es wird dargelegt, daß die kommunistische Partei zur „Rekrutensule des Faschismus“ geworden ist und wie sie den Gegner der Arbeiterklasse Waffen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie geliefert und wie sie den Indifferenzismus unter den Arbeitern gefördert hat. Dann werden die „Einheitsfrontmanöver der Kommunisten“ in ausgedehnter Weise besprochen und dem Proletariat schließlich „der Weg zur Einheit“ gewiesen. Diese Einheit ist, wie in dem Schlußkapitel dargelegt wird, „das Geheimnis des Sieges“.

Jeder Sozialdemokrat, der über das lebenswichtige Problem der Einheit der Arbeiterklasse informiert sein will und der Aufklärung darüber verbreiten will, muß diese Broschüre lesen.

